

RATS-INFO

Ausgabe März 2009

Stadt geht mit Misburger Bad baden

Die vom Rat beschlossene Änderung des Pachtvertrages für das Misburger Bades bestätigt Mal wieder die Kritik der LINKEN an Public-Private-Partnership-Projekten.“ So kommentiert der linke Ratsherr Oliver Förste die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses um 100.000 Euro im Jahr an einen neuen Betreiber. „Damit wird deutlich, dass die Versprechungen der privaten Partner, Projekte wie Schulgebäude oder eben Schwimmbäder kostengünstiger zu errichten oder

betreiben zu können, oft nicht zutreffend sind.“ Die Stadt hat sich seinerzeit vertraglich verpflichtet, bis Ende 2037 jährlich fast eine halbe Million Euro an eine Bank zu bezahlen, an die der frühere Vertragspartner s.a.b die Zahlungen abgetreten hat. „Besonders problematisch ist auch in diesem Fall, dass die Stadt gegenüber der Bank einen sogenannten Einredeverzicht abgegeben hat“, betont Oliver Förste. „Deshalb muss die Stadt diese Zahlungen leisten, auch wenn der Pachtver-

trag beendet wird, der Betreiber in Insolvenz geht oder gar der Betrieb des Bades eingestellt wird. Damit steckt die Stadt jetzt in einer Zwangslage, und es ist fraglich, ob die geplante Erhöhung des Betriebskostenzuschusses in Zukunft auch ausreichen wird.“ DIE LINKE im Rat spricht sich deshalb dafür aus, dass die Stadt den Betrieb des Misburger Bades wieder selbst übernimmt und in Zukunft auf solche fragwürdigen Public-Private-Partnership-Experimente verzichtet.



**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

wie immer informieren wir Sie mit dem aktuellen Ratsinfo über die Arbeit der LINKEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover. In die Ratsitzung am 26. Februar 2009 hat unsere Fraktion mehrere Anträge zur Verbesserung der Integrationsbeiräte in den Stadtbezirken, zur Lärmbelastung rund um den Flughafen sowie zur Verlagerung der Asbesthalde nach Lahe eingebracht. Diese Anträge gehen jetzt den Weg durch die Ausschüsse.

Ihr
Michael Höntsch
Fraktionsvorsitzender

Integrationsbeiräte in den Stadtbezirken verbessern

Mit zwei Anträgen will die linke Ratsfraktion die Vorgaben von Rot-Grün zur Einrichtung von Integrationsbeiräten in den Stadtbezirken verbessern. Nach den Vorstellungen von SPD und Grünen sollen die finanziellen Mittel für die Integrationsbeiräte entsprechend der Einwohnerzahl der jeweiligen Bezirke aufgeteilt werden. DIE LINKE will dagegen die Hälfte der Mittel entsprechend der Einwohnerzahl mit Migra-

tionshintergrund verteilen. Wir halten einen solchen Verteilungsschlüssel für gerechter, weil die Hannoverschen Stadtbezirke einen sehr unterschiedlichen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund aufweisen. Im Stadtbezirk Nord liegt dieser beispielsweise bei 32,1 Prozent, im Bezirk Südstadt-Bult dagegen bei nur 13,8 Prozent. Außerdem will DIE LINKE eine Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Mit-

glieder der Migrationsbeiräte in Höhe von 19 Euro pro Person und Sitzung. Die Integrationsbeiräte haben die Aufgabe, Integrationsprojekte in ihren Stadtbezirken mit jeweils bis zu 3.000 Euro zu fördern. Sie werden zur Hälfte mit Menschen mit Migrationshintergrund besetzt, haben jedoch nur beratende Funktion. Stadtweit stehen dafür 150.000 Euro zur Verfügung.

Ungenügender Lärmschutz am Flughafen

Bis zum Dezember soll die Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH ein Konzept zur Lärminderung vorlegen. Das fordert die Linksfraktion im Rat in einem entsprechenden Antrag und unterstützt damit die Anliegen der Anwohner rund um den Flughafen. Zum einen ist der Flughafen durch Ausbaumaßnahmen in den vergangenen Jahren immer näher an die Wohnbebauung herangerückt. Zum anderen

wurde der Nachtflugverkehr stark ausgebaut. Damit überschreitet die Lärmbelastung mittlerweile die Grenzen der Gesundheitsgefährdung, wofür in erster Linie die hohen Spitzenpegel verantwortlich sind. Die Stadt Hannover ist Anteilseigner der Flughafen GmbH und damit auch weisungsbefugt gegenüber der Geschäftsführung. Die rot-grüne Koalition im Rat der Stadt Hannover hat in den vergangenen Jahren

jedoch die Gesundheitsgefährdung der Anwohner billigend in Kauf genommen und stattdessen eine Politik zugunsten des Flugverkehrs und geringer ökonomischer Vorteile einiger Fluggesellschaften unterstützt. Mit dem Ende des Jahres 2009 laufen die aktuellen Regelungen für den Nachtflugverkehr aus, dann wird das Niedersächsische Wirtschaftsministerium über eine neue Nachtflugregelung entscheiden.

Stadt soll gegen Verlagerung von Asbesthalde klagen

Mit einem Antrag in die Ratsversammlung fordert DIE LINKE die Stadt auf, gegen die Verlagerung der Asbestschlamthalde aus Wunstorf-Luthe auf die Deponie in Hannover-Lahe zu klagen. Damit übernehmen wir einen gleich lautenden Antrag der SPD-Fraktion im Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide. Insgesamt 7.000 Lkw-Ladungen

mit 170.000 Tonnen Asbestschlamm sollen unnötigerweise in den kommenden Monaten nach Lahe transportiert werden. Inzwischen hat das Oberverwaltungsgericht Lüneburg den Transport des Giftmülls vorerst gestoppt. Die Richter haben die Auflage erlassen, dass der Asbestschlamm zur Sicherheit der Bevölkerung nur

in „Big Packs“ genannten Verpackungen transportiert und abgelagert werden darf. Damit haben sie der verantwortlichen Region Hannover einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht, denn die Deponie in Lahe soll eigentlich zum 15. Juli geschlossen werden – und die Region muss den Transportauftrag jetzt neu ausschreiben.

Ausbau des Stichkanals Linden ökonomisch und ökologisch unsinnig

Auch nach der Vorstellung der neuen Variante zum Ausbau der Limmer-Schleuse durch den Umwelt- und Wirtschaftsdezernenten Hans Mönninghoff (Grüne) spricht sich die Linksfraktion im Rat weiter gegen den Ausbau des Stichkanals Linden aus. „Hier sollen für ein ökonomisch unsinniges Projekt 220 Millionen Euro Steuergelder im Kanal versenkt werden“, kritisiert der linke Ratsherr Oliver Förste. Der Stichkanal ist nur zu 20 Prozent ausgelastet, und von den rund 80 Betrieben rund um den

Lindener Hafen nutzen nur fünf Betriebe den Wasserweg. Mit einer Kosten-Nutzen-Effizienz von nur 1,07 liegt das Projekt abgeschlagen am Ende aller Wasserstraßenprojekte des Bundes. Der Schifffahrtsexperte des BUND, Tilmann Heuser, verweist darauf, dass sich der Ausbau des Kanals erst nach 70 Jahren rechnet, selbst wenn die üblichen Preissteigerungen nicht mit einbezogen werden. „Wir halten das Projekt auch ökologisch nicht für sinnvoll“, ergänzt Oliver Förste. „Entlang des Kanals müssten viele Bäu-

me gefällt werden, und die jahrelange riesige Baustelle hätte durch Lärm und Staubentwicklung negative Auswirkungen auf Umwelt und Naherholung sowie natürlich auch den Verkehr.“ Durch die notwendige Erhöhung der Bahntrassen würde die Lärmbelastung in den westlichen Stadtteilen weiter steigen, eventuell kämen zusätzliche LKW-Transporte hinzu. Als Alternative zum Ausbau des Stichkanals schlägt DIE LINKE den Ausbau des Nordhafens oder des Misburger Hafens vor.

IMPRESSUM